



## Vom Wert sächsischen Selbstbewusstseins. Und dessen Gefahren

Hans Joachim Meyer

Von der Geschichte ungerecht behandelt: Der Goldene Reiter vor der DDR-Bebauung am Neustädter Markt in Dresden  
© Wikimedia (DCB)

Ist Sachsen anders? Selbstverständlich ist Sachsen und sind die Sachsen anders als andere Länder und Menschen in Deutschland. In einer Zeit, wo ständig nach bunter Vielfalt gerufen wird, sollte das eigentlich nicht erstaunen. Dass sich Hamburger und Bayern unterscheiden, wird ja auch nicht bestritten. In Wahrheit lautet die Frage ja auch: Warum verhalten sich manche Sachsen zu Flüchtlingen und zu Ausländern in einer Weise, die menschlichem Anstand widerspricht, und warum erzählen sie zur Begründung haarsträubenden Unsinn? Zu behaupten, dass

sich die Mehrheit der Sachsen so verhält und so äußert, halte ich für eine Verleumdung. Aber die so reden und handeln, schaden dem Ansehen Sachsens. Darüber nachzudenken, ist also notwendig.

Freilich steht ein solches Nachdenken immer in der Gefahr, zu pauschalen Urteilen zu kommen. Daher sei gleich am Anfang betont: Wie jedes Land bietet Sachsen kulturell und sprachlich ein Bild deutlicher Unterschiede. Seine historischen Landschaften sind kulturell und sprachlich unverwechselbar. Seine drei großen Städte – Leipzig, Dresden und

Chemnitz – haben ein je eigenes Gesicht. Miteinander im Wettbewerb zu stehen, gehört zu ihrem Selbstverständnis. Im europäischen Kontext gesehen nahm die sächsische Kultur- und Geistesgeschichte Anregungen aus allen Himmelsrichtungen auf und kann auch nur in diesem Zusammenhang beschrieben werden. Auch sprachlich ist das Land nicht einheitlich und seine lokalen Differenzen sind unüberhörbar. Das Sächsische gibt es im realen Leben nicht, wie man auswärtige Imitatoren warnen muss. Wer an Differenz wirklich interessiert ist und „diversity“ nicht als Kampfbegriff gegen jede geschichtlich gewachsene Identität verwendet, dem bietet Sachsen kulturell wie sprachlich eine faszinierende Wirklichkeit. Dazu stehen die außersächsischen Vorurteile über dieses Land und seine Sprache in einem traurigen Kontrast.

Was die Bevölkerung eines Landes von sich hält und über andere denkt, hängt vor allem mit ihrem Identitätsbewusstsein zusammen. Was sind nun die Eindrücke und Erfahrungen, welche das sächsische Selbstbild prägen oder mitbestimmen? Geschichtlich ist Sachsen eines der ältesten deutschen Länder, auch wenn man berücksichtigt, dass der Name „Sachsen“ vom Norden Deutschlands in dessen Südosten gewandert ist. Doch auch die Zeit ab 1423, als Markgraf Friedrich IV. von Meißen zum Herzog von Sachsen(-Wittenberg) und damit zugleich zu einem der Kurfürsten des Reiches wurde, zählt bis heute mehr als ein halbes Jahrtausend. Seitdem werden die Menschen in Leipzig, Dresden und Chemnitz als Sachsen bezeichnet. Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation war Sachsen wie Österreich und Bayern und später dann auch Brandenburg-Preußen nicht nur Reichsstand, sondern zugleich eine Größe der europäischen Geschichte. Noch vor der Selbstkrönung Friedrich III. von Brandenburg als König in Preußen gelang 1697 August dem Starken der Griff zur polnischen Königskrone, was ihm den Status eines souveränen Monarchen gab – freilich mit verheerenden Folgen für Sachsen. Man könnte den Widerspruch zwischen dem Glanz, der bis heute mit dieser Herrscherpersönlichkeit verbunden wird, und dem politischen Abstieg Sachsens, der in der Augusteischen Epoche begann, als emblematisch für das sächsische Selbstbewusstsein betrachten. Schon dass die Vormacht des deutschen Protestantismus nach der Konversion August des Starken von einem katholischen Herrscherhaus regiert wurde, war eine fortdauernde

Schwächung Sachsens und für die meisten Sachsen überdies eine Kränkung. Freilich, entscheidend in der Konkurrenz mit Preußen war dann 1815 die Halbierung des sächsischen Staatsgebietes zu Gunsten Preußens durch den Wiener Kongress nach der Niederlage Napoleons, von dem sich sein sächsischer Verbündeter König Friedrich August I. nicht rechtzeitig lösen konnte. Trotz dieses enormen politischen Bedeutungsverlusts blieb Sachsen ein wirtschaftlich erfolgreiches Land mit einem beachtlichen kulturellen und wissenschaftlichen Leben. Auch dieser Widerspruch zum geringen politischen Gewicht hielt die Erinnerung an die Demütigung durch Preußen wach.

Nun mag man einwenden, dies alles läge inzwischen mehr als zwei Jahrhunderte zurück. Und überhaupt wären solche Erinnerungen heutzutage kaum noch bedeutsam. Da hatte ich, als ein im November 1990 aus Berlin nach Sachsen in ein politisches Amt Gekommener, jedoch ganz andere Eindrücke. Sehr bald stieß ich auf Verse, die ich schon als Kind irgendwo gelesen hatte: „Warum ist die Elbe / bei Dresden so gelbe / sie schämt sich zu Schanden / sie muss aus den Landen / denn gleich hinter Meißen, / pfui Spinne, kommt Preußen.“ Eigene Erfahrungen ließen nicht auf sich warten. Kurz nach meinem Amtsantritt beging die Bergakademie Freiberg ihr 225. Gründungsjubiläum. Die Feier war einer meiner ersten öffentlichen Auftritte als sächsischer Wissenschaftsminister. In der Aula neben einem großen Ölgemälde des Akademiegründers, des Generalbergkommissars Anton von Heynitz, stehend, hielt ich es für eine gute Idee daran zu erinnern, dass dieser später nach Berlin gegangen sei, um dort preußischer Gewerbeminister zu werden. Ich hätte mich jetzt umgekehrt für den Weg von Berlin nach Sachsen entschieden. Die Reaktion war betretendes Schweigen und ohne jedes Wort so eindeutig, dass ich fortan nur noch meine Herkunft aus Rostock erwähnte. Dennoch blieb ich für die Journalisten, auch in wohlmeinenden Charakterisierungen, „der Preuße“ (als der ich mich nie in meinem Leben gefühlt habe). Kurz nach meiner Freiburger Erfahrung besuchte ich die Sächsische Landesbibliothek. Anklagend präsentierte man mir dort die angesengten Gesangbücher, welche an den Beschuss Dresdens und seiner Kreuzkirche auf Befehl des preußischen Königs Friedrich II. im Siebenjährigen Krieg erinnerten.

Auch nach 1945 und in der Zeit der DDR blieb das Verhältnis der Sachsen zu Berlin

schwierig. Das mag Nichtsachsen, insbesondere im Westen, überraschen, denn durch die herausragende Stellung Walter Ulbrichts schien „der Osten“ eine sächsische Stimme zu haben. Tatsächlich weiß ich aus eigener Erfahrung, dass in Ostberlin und in den nördlichen Teilen der DDR ein sächsisch gefärbtes Deutsch zu Vorannahmen in Bezug auf die politisch-ideologische Position des Sprechers verführte. Das mag nicht wenige Sachsen verletzt haben. Spätestens ab 1971 mit dem Machtantritt Honeckers erfuhren die Sachsen dann die gleiche Zurücksetzung zugunsten der „Hauptstadt der DDR“, wie dies generelle Praxis war. Übrigens traf dann 1990 auch die demokratisch legitimierte Regierung de Maizière auf sächsisches Misstrauen. Ja, als es 1991 um den Sitz von Bundestag und Bundesregierung ging, gab es in Sachsen durchaus Leute, die beide lieber weiterhin in Bonn gesehen hätten.

Mit dem Geschichtsbewusstsein ist es ja generell so eine Sache. Einerseits erinnert man sich der Daten und Fakten nur vage bis gar nicht; andererseits pflegen Eindrücke, Meinungen und Urteile aus der Vergangenheit und über die Vergangenheit von langer Dauer zu sein. Zum sächsischen Selbstbild scheint es zu gehören, sich unter Wert behandelt zu sehen und gleichwohl das Widersprüchliche des sächsischen Weges in der Geschichte zumindest zu spüren. Man fühlt sich von der Geschichte ungerecht behandelt und auch in der Gegenwart nicht angemessen geschätzt. Zwar gibt es ein beträchtliches Maß an sächsischer Selbstironie. Doch auf Mangel an Respekt oder gar offen geäußerte Kritik von außen reagiert man empfindlich. Darüber sollte auch die typisch sächsische Höflichkeit nicht hinwegtäuschen. Erst ist man leise; dann wird man laut.

Nicht zuletzt war Sachsen ein Land der Unterschiede von Arm und Reich und mithin auch von internen Spannungen. Schließlich ist es eine der ältesten Industrieregionen Europas, mit großen Aufschwüngen und Abstürzen der Wirtschaft und mit harten sozialen Auseinandersetzungen. Dem entsprach eine Neigung zu politischer Radikalität. Es gab einmal das „rote Königreich“ Sachsen. In der Weimarer Republik intervenierte das Reich sogar militärisch gegen eine linksradikale Landesregierung. Bei den letzten demokratischen Landtagswahlen im Jahre 1930 wurde die NSDAP zwar zweitstärkste Partei, hatte aber weniger als die Hälfte der Mandate der SPD und weniger als ein Drittel der Mandate von SPD und

KPD zusammengenommen. Bei den Landtagswahlen von 1946 erhielt die SED 49,1% der abgegebenen Stimmen und hatte zusammen mit drei Abgeordneten von angeblich unabhängigen Organisationen die absolute Mehrheit im Landtag.

Was dann folgte, hat die meisten enttäuscht, wenn nicht sogar verbittert. Denn das waren nicht mehr die Ideale der lange in Sachsen stark gewesenen Sozialdemokratie. Zwar blieb Sachsen in der Zeit der DDR ein industrieller Schwerpunkt und hatte neben dem (Ost-)Berliner Raum die meisten akademischen und wissenschaftlichen Institutionen. Dennoch verstärkte sich immer mehr das Gefühl, national wie international abgehängt zu werden. Und dass es Sachsen seit 1952 als politische Größe nicht mehr gab, wurde zunehmend als weitere geschichtliche Kränkung gesehen. Der Schlager „Sing, mei Sachse, sing“ wurde – trotz seiner unverkennbaren Selbstironie – zur begeistert gesungenen Ersatzhymne. Der politische Wandel von „Rot“ zu „Schwarz“, der sich dann – zur Überraschung mancher außerhalb Sachsens – in der Landtagswahl von 1990 manifestierte, hatte reale und seit langem herangewachsene Gründe. Die Geschichte hatte in vierzig Jahren das Land politisch umgepflügt.

Dass in dieser Situation Kurt Biedenkopf und die CDU bewusst und ausdrücklich auf den Stolz der Sachsen setzten, war richtig und die einzig erfolgversprechende Strategie. Denn was 1990 auf die Einheit und die Landtagswahlen mit Notwendigkeit folgte, war der jahrelange Umbau und Neuaufbau so gut wie aller staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche. Und dies ganz unvermeidlich, wenn auch im Übermaß und viel zu lange, mit erheblicher Hilfe aus dem Westen. So gut wie jeder im Osten Deutschlands musste beruflich von vorn beginnen und sich völlig neue Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen. Es ist schon oft geschrieben worden, doch es kann nicht oft genug wiederholt werden: Im Ergebnis des Hoffnungssturms von 1989/90 wurden die Menschen im Osten zu Lehrlingen in einer für sie neuen Welt und damit zu Einwanderern im eigenen Land. Und zu viele wurden zu Arbeitslosen und Frührentnern. Niemand von ihnen war 1989 auf die Straße gegangen, um seine Arbeitsstelle abzuschaffen. Die Menschen in Sachsen wie überall im Osten Deutschlands hatten die Freiheit gewollt und mussten nun lernen, dass diese auch bitter schmecken kann. Denn Freiheit ist immer Chance und Risiko zugleich. Und

der Genuss der Freiheit ist für die meisten ohne harte Arbeit nicht zu haben – so man Arbeit hat. Zu diesem mühevollen Prozess langsamen Erfolges mussten die Menschen immer wieder ermutigt werden. Darum war es richtig, an den geschichtlichen Stolz der Sachsen zu appellieren und ihre Leistungen für die Wiedergewinnung der Freiheit und deren Gestaltung hervorzuheben. Als Neuankömmlinge in der Bundesrepublik wurden sie ohnehin schon im Übermaß belehrt. Nur durch ihren eigenen Anteil an der Veränderung ihres Landes konnten die Menschen im Osten Deutschlands Neues lernen und sich selbst verändern.

Was soll es also heißen, wenn heute aus westlichen Medien der Vorwurf zu hören ist, man hätte nach 1990 zu stark auf den „Sachsenstolz“ gesetzt? Was hätte man stattdessen empfohlen – eine Kombination von nachgeholter „re-education“, kräftig versetzt mit der Ideologie der altbundesdeutschen Achtundsechziger, damit die Menschen im Osten nicht mehr „so deutsch“ sind? Wer so etwas meint, sollte besser darüber nachdenken, welchen Anteil er an dem von manchen gehegten Verdacht hat, es könne gar nicht genug Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und aus Afrika geben, damit Deutschland endlich „bunt“ und „postnational“ wird und die als gefährlich betrachteten Deutschen nicht weiter unter sich sind. Wohlgemerkt: Ich hege diesen Verdacht nicht, sondern betrachte die Hilfe für Menschen in Not als Christenpflicht. Und für viele Menschen ist Hilfe für Flüchtlinge eine ethische Verpflichtung. Aber dass manche im akademisch-journalistischen Komplex der Bundesrepublik an diese Herausforderung auch Erwartungen in Bezug auf den künftigen Charakter unseres Landes knüpfen, ist unüberhörbar und unüberlesbar. Wer einen solchen Wandel nicht will oder nicht so will, wie von links gewünscht, landet rasch in der rechten Ecke.

Gleichwohl bleibt wahr: Trotz eines unbestreitbaren, wenn auch noch lange nicht erfolgreich abgeschlossenen Wiederaufstiegs Sachsens im Kreis der deutschen Ländern kommt es hier seit 2013 zu bestürzenden Bekundungen von Fremdenfeindlichkeit. Verbunden ist dies mit dem massiven Ausdruck des Unwillens und der Unfähigkeit, sich auf argumentative Auseinandersetzungen einzulassen. Stattdessen wird zunehmend mit anti-republikanischen Parolen aus der Weimarer Zeit unsere auf Diskurs basierende Demokratie grundsätzlich abgelehnt und verleumdet. Für diese schockierende Entwicklung gibt es

neben dem spannungsvollen sächsischen Geschichtsbewusstsein Gründe, die für den ganzen Osten Deutschlands gelten, und Gründe, die für Dresden spezifisch sind.

Was die DDR generell charakterisierte, waren die allgegenwärtige politische und ideologische Erziehungsdiktatur der SED, die offen proklamierte Verstaatlichung der Gesellschaft und die groteske Ritualisierung des gesellschaftlichen Lebens. Dazu kam die im Verlauf von 40 Jahren DDR-Existenz wiederholt zu machende Erfahrung, dass sich politische Zielvorgaben ruckartig ändern konnten, wenn dies der „Führung von Partei und Staat“ für ihren Machterhalt zweckmäßig erschien. Erinnert sei insbesondere an das wechselhafte Verhältnis zur deutschen Nation. Unter solchen Umständen wachsen erfahrungsgemäß nicht der Wille und die Fähigkeit zur argumentativen Auseinandersetzung darüber, wie diese Realität zu beurteilen ist und welche Chancen es gibt, sie zu verändern. Diese Fähigkeit ist ja auch unter freiheitlichen Bedingungen eine eher seltene Gabe. Jedenfalls gilt für freiheitliche wie für nichtfreiheitliche Gesellschaften, dass es nicht genügt, dagegen zu sein. Wer nur dagegen ist, der ist sich leicht mit jedem einig, der auch dagegen ist. Und dann gilt alles als Argument, was einem so in den Kopf und in den Mund kommt. Kritisches und darum auch differenzierendes Denken stört da nur.

Generell wurde im gesamten Ostblock, doch ganz besonders in der DDR seit dem Mauerbau, jedes nationale Moment oder Interesse zurückgestellt, wenn nicht sogar geleugnet. Stattdessen wurde der Primat der sowjetisch geführten Staatengemeinschaft und der weltweiten antiimperialistischen Solidarität betont und notfalls auch erzwungen. Was das für das Denken und Fühlen der Menschen im kommunistischen Herrschaftsbereich Europas bedeutete und in deren Vorstellungen auch „angerichtet“ hat, scheint man in der Bundesrepublik bis heute nicht begreifen zu wollen. Denn dort hatte man ja gleichzeitig bis hin zur Albernheit auf die Abwendung von der eigenen Nation als Eintrittskarte in die westliche Welt gesetzt, ohne wahrzunehmen, dass ebendort zwar auch kritisch auf die eigene Vergangenheit zurückgeblickt wird, doch niemand daran denkt, seine geschichtlich gewachsene Identität gering zu schätzen.

Für Dresden scheinen mir zwei zusätzliche Umstände von erheblicher Bedeutung. Erstens konnte man in Dresden, wie in vielen anderen Teilen Sachsens, das bundesdeut-

sche Fernsehen nicht empfangen. So wurde diese Stadt zum „Tal der Ahnungslosen“. Mit Recht hat man für die DDR gesagt, dass dort die Mehrheit abends über das Fernsehen in die Bundesrepublik auswanderte. Man konnte also eine Ahnung davon haben, was es bedeuten würde, dort zu leben. Die Dresdner wussten vom wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik. Sie hatten im Hörfunk an den heftigen Debatten im Bundestag teilhaben und dies mit der Rolle der Volkskammer vergleichen können. Gelegentlich sahen sie auch künstlerisch wertvolle und politisch mutige Filme aus der Bundesrepublik. Doch das Fernsehbild kam aus Adlershof. Allenfalls über den Westhörfunk konnten die Dresdner mitbekommen, dass im Westen der große Aufbruch der frühen Bundesrepublik inzwischen als „dunkle Adenauerzeit“ verachtet und die erste erfolgreiche freiheitliche Demokratie auf deutschem Boden als „FDGO“ verhöhnt wurden. Sie sahen nichts von den verstörenden Szenen der Kulturrevolution, welche die Achtundsechziger gegen ihre Eltern und Lehrer als „Generation der Täter“ ins Werk setzten, und nichts vom linksextremistischen Terror. Noch Mitte der 1990er Jahre erlebte ich, wie eine Dresdner Ärztin einen Westbekannten fragte, was denn 1968 gewesen sei. Auch wussten die Dresdner nichts von den zahlreichen Gesprächsrunden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen der Bundesrepublik, bei denen die deutsche Einheit abgeschrieben oder gar der Wunsch danach als „Revanchismus“ gebrandmarkt wurde – bis in den Sommer 1989 hinein. Als ein bis 1990 in Potsdam Lebender wusste ich, konnte es jedenfalls wissen, worauf ich mich mit der deutschen Einheit einließ. Die meisten Dresdner hatten bis 1990 diese Chance nicht.

Das zweite Spezifikum der Dresdner ist das Verhältnis zu ihrer Stadt. Unbestreitbar ist Dresden architektonisch wie landschaftlich ein Juwel und ein herausragender Ort der Künste und der Wissenschaft. Darauf stolz zu sein, ist normal. Normal ist freilich auch, dass Stolz auf das Vorhandene den Blick verstellen kann für den Wert des Neuen. Und Kritik von außen nicht zu goutieren. Als wegen der Waldschlösschenbrücke Dresden der Titel „Weltkulturerbe“ aberkannt wurde, meinte Bischof Joachim Reinelt, die Dresdner wären auch ohne diesen Titel davon überzeugt, Weltkulturerbe zu sein. Die Zerstörung ihrer Stadt kurz vor dem Kriegsende hatte die Dresdner tief getroffen und, wie wohl in keiner anderen Stadt, den Willen be-

gründet, die vergangene Schönheit wieder zu gewinnen. In der Zeit der DDR hieß dies lange Zeit, mit List und Beharrlichkeit an den Ruinen der früheren Monumente festzuhalten und sie gegen eine sich als Zukunft proklamierende Ideologie vor dem Verschwinden zu bewahren. So kann es nicht wundern, dass viele Dresdner in Wende und Einheit auch die Chance sahen, endlich ihre Stadt wieder erstehen zu lassen. Dafür fanden sie auch Verständnis und Unterstützung im Westen. Zugleich erregten sie jedoch den Argwohn jener in den akademischen und journalistischen Kreisen der alten Bundesrepublik, die in jeder Hinwendung zur deutschen Geschichte nazistischen Unrat wittern. Und die den Wiederaufbau historisch und künstlerisch wertvoller Bauten nur dann bereit sind hinzunehmen, wenn dabei unübersehbar „geschichtliche Brüche“ inszeniert werden. Demonstrieren lässt sich das am Konflikt um das Dresdner Schloss, dessen Wiederaufbau und kulturelle Nutzung von Dresdner Denkmalpflegern in den Jahren der DDR gründlich vorbereitet worden war. Jetzt wurde diesen Persönlichkeiten von Leuten im Westen jede Kompetenz abgesprochen, über ihre Arbeit wurden haltlose Behauptungen verbreitet und es wurde allen Ernstes gefordert, die Verantwortung westdeutschen Fachleuten zu übertragen. Ausdrücklich füge ich hinzu: Es gab hochangesehene Fachleute in der alten Bundesrepublik, die dem widersprachen und die Arbeit der Dresdner Denkmalpflege würdigten. Ob es allerdings ohne deren Hilfe 1997 zu dem von Landtag mitgetragenen positiven Regierungsbeschluss zum Schlosskonzept gekommen wäre, frage ich mich.

Nicht vergessen kann ich auch, dass die bundesdeutsche Presse die linksextremistischen Attacken auf das Dresdner Gedenken an die Zerstörung der Stadt am 13. Februar 1945 ignorierten, über die rechtsextremistischen Versuche, diese Erinnerung nationalistisch zu missbrauchen, dagegen breit berichteten und der Mehrheit der Dresdner anlasteten. Zwar müsste die schreibende Zunft eigentlich wissen, dass Verfassungs- und Verwaltungsrichter – trotz Artikel 18 Grundgesetz – Verbote extremistischer Aktionen nur selten akzeptieren. Aber nachdem sich die Deutschen im Osten herausgenommen hatten, entgegen linken Prophetien die deutsche Einheit herbeizuführen, stehen sie eben alle unter Verdacht.

Ist Sachsen anders als die anderen deutschen Länder? Als Deutsche, die erst seit 1990

Bundesbürger sind, haben sie Anteil an den in vierzig Jahren Teilung entstandenen unterschiedlichen Erfahrungen und Einstellungen in Ost und West. Diese Unterschiede haben seitdem zwar an Bedeutung verloren oder verschwinden sogar mit den nachwachsenden Generationen. Allerdings haben sich einige Unterschiede auch verschärft und neue sind hinzugekommen. Wohl kein „Ossi“, der als Erwachsener ins vereinigte Deutschland kam, könnte nicht von Demütigungserfahrungen erzählen. Und in der öffentlichen Meinungsbildung gibt es ein dramatisches Gefälle von West nach Ost. Sachsen, die auf ihre Vergangenheit stolz sind und sich zugleich von der Geschichte schlecht behandelt fühlen, mögen da besonders sensibel reagieren.

Stehen Menschen vor einer solchen Herausforderung wie der Flucht einer großen Zahl von Menschen aus Krieg, Not und Verfolgung, dann sind Sorge und Angst normale Reaktionen. Dass alle in der Politik und in den Medien das ihnen Mögliche getan haben, um damit in angemessener Weise umzugehen, wird man schwerlich behaupten können. So wurde lange jeder Vorschlag, eine halbwegs praktikable Ordnung im Umgang mit den Ankommenden einzuführen, mit hysterischem Geschrei beantwortet. Noch schlimmer war der von einigen systematisch betriebene Versuch, jeden Unterschied zwi-

schen Flüchtlingen und Einwanderern zu leugnen oder aufzuheben, wodurch die aktuelle Herausforderung globale und zeitlich unbefristete Dimensionen erhielt. Dass Menschen dagegen demonstrierten, war sicherlich nicht sonderlich hilfreich, aber ihr gutes Recht, so lange es friedlich blieb. Was leider fast nie der Fall war.

Dass im Osten Flüchtlinge auf mehr Ablehnung stoßen als im Westen, ist zwar wegen der viel geringeren Zahl von Ausländern grotesk, könnte aber wie in Mitteleuropa aus der früher herrschenden Doktrin des Internationalismus erklärt werden. Erklären heißt jedoch nicht entschuldigen. Nichts von dem hier Gesagten erklärt oder entschuldigt die widerwärtige Hetze und die gewalttätigen Attacken gegen Flüchtlinge in Sachsen oder anderswo in Deutschland. Wer inzwischen ein Vierteljahrhundert in einer freiheitlichen Demokratie lebt und überdies in Lohn und Brot ist, darf nicht erwarten, als Diskussionspartner ernst genommen zu werden, wenn er oder sie gegen Flüchtlinge hetzt oder solcher Hetze applaudiert. Und wer Gewalttaten gegen Flüchtlinge begeht, unterstützt oder fordert, gehört vor Gericht. Diese Leute haben den Ruf Sachsens für lange Zeit in schlimmer Weise beschädigt. Die Folgen muss das ganze Land tragen. Ja, Sachsen ist anders. Und das ist sein gutes Recht. Doch darüber steht das Recht aller Menschen.

**Autor**

Prof. Dr.  
Hans Joachim Meyer  
Berlin